

POSTULAT
von Grossrat (Suppl.) Philippe Nantermod, PLR, betreffend regelmässige
Standortbestimmung über die für unsere Kantone so wichtigen Hochschulen (15.09.2011)
3.133

Die Schweiz besitzt einen wertvollen Trumpf: ihr hohes Bildungsniveau, das namentlich durch die Hochschulen – einschliesslich der praxisorientierten Fachhochschulen (FH) – gewährleistet wird. Die positiven Auswirkungen dieser Schulen auf die Wirtschaftsdynamik sind in allen Kantonen spürbar. Allerdings besteht noch Raum für Verbesserungen. Anstatt sich gegenseitig zu ergänzen, konkurrenzieren sich unsere Schulen und verlieren sich in Doppelspurigkeiten. Die Grundsätze des Föderalismus und die aktuelle Gesetzgebung erlauben es dem Bund lediglich, die Synergien zwischen den kantonalen (Universitäten), interkantonalen (FH) und eidgenössischen (ETH) Akteuren zu fördern, nicht aber sie aufzuzwingen oder zu kontrollieren.

Was die Synergien zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft anbelangt, besteht durchaus noch Verbesserungspotenzial, insbesondere wenn man bedenkt, dass die FH den gesetzlichen Auftrag haben, eine praxis- und berufsbezogene Ausbildung anzubieten. Zudem sind die Begleitung und Unterstützung der Einführung neuer von unseren Schulen entwickelten Technologien bei bestehenden Unternehmen unzulänglich. In den Kantonen herrscht ein unkoordinierter Wildwuchs an wirtschaftlichen und politischen Instrumenten.

Es fehlt also an einer globalen Wirtschaftspolitik und einer entsprechenden Koordination zwischen Bund und Kantonen – ein Problem, das momentan im Bundesparlament erörtert wird. Angesichts der Herausforderungen muss ein kantonsübergreifendes Vorgehen gewählt werden. Schliesslich haben die verschiedenen Akteure darauf hingewiesen, dass es sowohl seitens der öffentlichen Hand als auch seitens des Privatsektors an den nötigen Mitteln fehlt, um den Übergang von der Innovation hin zum marktfähigen Produkt zu begleiten.

Im Bewusstsein um die Notwendigkeit einer effizienteren Förderung dieser Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft im weitesten Sinne (Privatwirtschaft, aber auch öffentliche und halböffentliche Wirtschaft, wie Gesundheit, Sozialwesen, Erziehung, Kultur) fordern die Abgeordneten, die am Seminar des Interparlamentarischen Forums der Westschweiz (FIR) über die Aufwertung unserer Hochschulen teilgenommen haben, ihre Kantonsbehörden auf, eine regelmässige Standortbestimmung zu unterbreiten:

- in einer ersten Phase über die laufenden Bildungsdebatten auf Bundesebene und über die demokratische Kontrolle, welche die verschiedenen Parlamente über diese Politik und über die grundlegenden Herausforderungen für unser Land ausüben und inskünftig ausüben werden,
- über die entwickelten und noch zu entwickelnden Synergien zwischen den universitären Hochschulen, den technischen Hochschulen und den Fachhochschulen,
- über den Return on Investment der über unsere kantonalen Budgets in die Budgetrubriken "Forschung und Entwicklung" unserer Hochschulen fliesst,
- über die gegenseitigen Anpassungen von Bildung und Wirtschaft, um einerseits im Einklang mit den Bedürfnissen der Wirtschaft zu stehen und um andererseits dem politischen Willen zur Förderung gewisser Studienbereiche zu entsprechen, wobei die Freiheit der Forschung und die Autonomie der Hochschulen zu bewahren sind.

Diese Forderungen werden in den verschiedenen Westschweizer Kantonen eingereicht und den Bundesparlamentariern zur Kenntnis gebracht.

Der Postulant reicht diesen Vorstoss in seiner Funktion als Vorstandsmitglied des Interparlamentarischen Forums der Westschweiz (FIR) ein.

Sitten, den 15. September 2011
(14.35 Uhr)

Philippe Nantermod, Grossrat (Suppl.), PLR